

UND SONST SO?

Jenseits von Corona – was Europa bewegt

#29: VON LUFTPIRATERIE UND HOFFNUNG AUF WANDEL

Dass Lukaschenko kein lupenreiner Demokrat ist, im Gegenteil oft als letzter Diktator Europas bezeichnet wird, ist wohl den meisten Zeitungsleser*innen spätestens seit den gefälschten Wahlen im vergangenen Jahr in Belarus bewusst. Diese hatten einen Ansturm der Entrüstung ausgelöst, zahlreiche Menschen gingen auf die Straße und protestierten gegen das Regime. Schon damals ging Lukaschenko hart gegen die Opposition und friedlich Demonstrierende vor. An die Bilder haben wir uns leider mittlerweile gewöhnt. Und dennoch werden viele kopfschüttelnd und ungläubig die jüngsten Auswüchse der staatlichen Repressionen verfolgt haben.



LIKES FOR THE BETTER!

Gleichzeitig stellte die EU milliarden-schwere Unterstützung für Unternehmen, Digitalisierung, klimafreundliche Energievorhaben und demokratische Reformen in Aussicht, sollte Belarus einen demokratischen Weg einschlagen. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ist von dem Bedürfnis der belarussischen Bevölkerung nach Wandel überzeugt. Die EAB möchte ihren kleinen Beitrag dazu leisten und kooperiert in verschiedenen Projekten mit Akteuren der belarussischen Zivilgesellschaft. In unserem aktuellen Vorhaben **Likes for the better!** bringen wir junge Frauen aus Armenien, Belarus, Georgien und Deutschland zusammen und erarbeiten gemeinsam digitale Produkte zum Digital Female Empowerment! Mehr Infos zum Projekt und zur Bewerbung findet Ihr hier:



SCAN ME!

DIE EU? REAGIERT SCHNELL!

Kurz zusammengefasst: Belarussische Behörden erzwangen unter fadenscheinigem Vorwand die Zwischenlandung einer Passagiermaschine, die auf dem Weg nach Vilnius war. An Bord der belarussische regierungskritische Blogger Roman Protasewitsch, der bei dieser Gelegenheit festgenommen wurde. Die EU reagierte schnell und geschlossen. Bei einem Gipfeltreffen forderten die Mitgliedsstaaten Überflugverbote, Einreiseverbote und weitere gezielte Sanktionen gegen die Verantwortlichen. Die Verabschiedung eines bereits geplanten vierten Sanktionspakets könnte durch die jüngsten Ereignisse jedenfalls beschleunigt werden.